

StA Kirchhoff stellt die Sitzungsvorlage zum Haushalt 2016 vor. Ergänzend hierzu berichtet dieser von den aktuellen Ergebnissen der November-Steuerschätzung. Demnach wird es bei einigen Steuerarten, insbesondere bei dem Gemeindeanteil an den Einkommensteuern, Verringerungen geben. Auf den Haushalt der Stadt Schortens hat diese Steuerschätzung ganz konkrete folgende Auswirkung:

01. Steuern und ähnliche Abgaben		Ansatz 2016 alt	Ansatz 2016 neu	Differenz
301100	Grundsteuer A	85.000 €	85.000 €	0 €
301200	Grundsteuer B	2.430.000 €	2.430.000 €	0 €
301300	Gewerbesteuer	4.000.000 €	4.000.000 €	0 €
302100	Gemeindeant. EST	7.502.250 €	7.155.582 €	-346.668 €
302200	Gemeindeant. UST	492.460 €	494.904 €	2.444 €
303100	Vergnügungssteuer	190.000 €	190.000 €	0 €
303200	Hundesteuer	115.000 €	115.000 €	0 €
			Mindererträge	-344.224 €

Die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer wurden hierbei nicht angepasst, da die Stadt Schortens an dieser Stelle mit den eigenen Erfahrungswerten genauer rechnet. Im Hinblick auf den Gesamthaushalt würde dies nunmehr einen Fehlbedarf in Höhe von insgesamt 1.073.310 € bedeuten. Abzüglich der Sofortabschreibung für das Aqua-Toll mit 772.613 € würde weiterhin ein Betrag in Höhe von 300.697 € fehlen.

RM Homfeldt erkundigt sich insgesamt nach Lösungsmöglichkeiten.

BM Böhling erläutert, dass die Schuldenobergrenze weiterhin Bestand hat. Im Hinblick auf die Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei wurden jedoch bisher noch keinerlei Verkaufserlöse aus Grundstücksverkäufen sowie mögliche Zuschüsse berücksichtigt. Diese würden den Schuldenstand nochmal reduzieren. Die Frage der Refinanzierung muss nächstes Jahr konkret erörtert werden.

RM Eggerichs merkt an, dass die Frage der Refinanzierung des Gewerbegebietes einen wichtigen Aspekt für die endgültige Entscheidung darstellt. Gegebenenfalls kann eine Aufteilung der Maßnahme auf die Jahre 2017/2018 erfolgen.

RM Homfeldt gibt zu bedenken, dass nicht diejenigen Investitionen gestreckt werden dürfen, welche zusätzliche Steuereinnahmen und Einwohner bringen.

RM Freygang bestätigt, dass aus dem Stadtentwicklungsprozess der Wunsch hervorgegangen ist, eine

intensive Wirtschaftsförderung zu betreiben.

BOAR Kramer teilt ergänzend mit, dass es bereits konkrete Interessenten für diese Gebiet gibt. Zudem wird das Projekt im Rahmen möglicher Förderungen positiv begleitet. Insgesamt wird sich die Einnahmesituation deutlich verbessern und die Ausgabesituation entzerren.

RM Homfeldt erläutert, dass sich der Schuldenstand von 2014 bis Ende 2017 in kurzer Zeit von 9 Mio. auf 20 Mio. erhöhen wird. Hinzu kommt ein Sanierungsstau bei den öffentlichen Liegenschaften aufgrund der Gutachten. Auch, wenn kein Neubaustandard berücksichtigt wird, werden sich hieraus notwendige Maßnahmen ergeben, die den Schuldenstand weiter erhöhen. Hinzu kommt, dass derzeit eine besonders gute Einnahmesituation herrscht. Unter Berücksichtigung der Steuerschwankungen ist davon auszugehen, dass irgendwann wieder eine Talsohle folgen wird. Es muss das Ziel sein, nachhaltig zu wirtschaften. Die CDU wird den Haushalt deshalb so nicht tragen.

RM Eggerichs führt an, dass beim Freizeitbad nach der Wiedereröffnung der Zuschuss auf die Hälfte reduziert werden kann. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weiterhin hat die CDU im Jahr 2012 einer möglichen Verschuldung von 24 Mio. positiv gegenüber gestanden. Hinsichtlich der freiwilligen Leistungen wurden bisher nur kleinere Vorschläge von der Verwaltung durch die Politik umgesetzt. Große Entscheidungen zu diesem Thema wurden durch die Politik bisher nicht getroffen.

BM Böhling ergänzt, dass bereits jetzt diverse Sanierungsmaßnahmen - auch aufgrund der Klausurtagung zur Bauprioritätenliste - durchgeführt werden. Dies führt dazu, dass sich geplante Überschüsse im Ergebnishaushalt verringern.

Auf Nachfrage von RM Homfeldt, wie der derzeitige Stand bei den Kassenkrediten ist, teilt StA Kirchhoff mit, dass der Kassenkredit ab dem 12.11. 2015 bei 2,7 Mio. liegt. Bis dahin beträgt dieser 3,6 Mio. Der Kassenkredit kann somit kurzfristig um 0,9 Mio. reduziert werden.

RM von Heynitz teilt mit, dass man sich gegen den Haushalt aussprechen wird. Ausschlaggebend hierfür ist nach wie vor die Maßnahme „Freizeitbad“. Unabhängig davon beinhaltet der Haushalt verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise der Neubau der Feuerwehr Sillenstede, die inhaltlich unterstützt werden.

Auf Nachfrage von RM von Heynitz, worauf die Personalkostensteigerung bei dem Produkt Gleichstellungsbeauftragte zurückzuführen ist, erläutert BM Böhling, dass ab dem Jahr 2016 seitens der Landesregierung in Städten und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern voraussichtlich wieder hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte gefordert werden. Hierzu verweist BM Böhling

auch auf das Konnexitätsprinzip.

Weiterhin erkundigt sich RM Eggerichs, ob schon Aussagen darüber getroffen werden können, wie sich die Steuerschätzung auf die folgenden Haushaltsjahre auswirkt.

BM Böhling erläutert, dass die regionalisierten Ergebnisse erst seit heute vorliegen und dies derzeit noch geprüft wird.

RM Prof. Dr. Appel berichtet, dass man dem Haushalt zustimmen wird. Das Freizeitbad ist ein Magnet und darf nicht gefährdet werden. Er regt jedoch an das Personal zu reduzieren um Einsparungen zu erzielen.

RM Freygang weist darauf hin, dass die derzeitige Personallage so von der Politik beschlossen wurde.

BM Böhling informiert, dass man sich im Hinblick auf eine Anpassung der Kostenerstattung zum Thema „Flüchtlinge/Asylbewerber“ derzeit in Gesprächen mit dem Landkreis Friesland befindet.

RM Ostendorf teilt mit, dass die UWG dem Haushalt zustimmen wird, spricht sich aber auch dafür aus die Maßnahme „Erweiterung Gewerbegebiet Branterei“ etwas zu schieben. Ebenfalls stellt dieser fest, dass die Sporthallen in Sillenstede und Glarum bisher nicht im Haushalt berücksichtigt werden und erkundigt sich nach dem Sachstand.

BM Böhling bestätigt, dass bisher keine Mittel für die Sporthallen im Haushalt eingeplant sind. In diesem Zusammenhang hat kürzlich eine Bereisung der Schulen, Kindertagesstätten und Sporthallen durch den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss stattgefunden. Hierbei konnte auch festgestellt werden, dass insgesamt kein außerordentlicher Sanierungsstau vorhanden ist. Hier soll zunächst eine weitere Beratung erfolgen, sodass im kommenden Jahr entsprechende Planungen vorgelegt werden können.

BOAR Kramer fügt ergänzend hinzu, dass sich die städtischen Liegenschaften in einem ordentlichen Pflegezustand befinden. Hintergrund der seinerzeit beauftragten Gutachten war, herauszufinden, welche Maßnahmen bei den Liegenschaften tatsächlich erforderlich sind. Aus den Gutachten hat sich ergeben, dass grundsätzlich keine umfänglichen Totalsanierungen erforderlich sind. Weiterhin sollten zunächst die Ergebnisse des Demografieprozesses abgewartet werden, die ebenfalls zu berücksichtigen sind.

RM von Heynitz fragt an, was unter „kein Neubaustandard“ zu verstehen ist, welche Maßnahmen demnach erforderlich sind und was dahinter steckt. Hier bittet dieser um Mitteilung, bis wann eine entsprechende Liste für die übrigen städtischen Liegenschaften erstellt werden kann.

BOAR Kramer erläutert, dass zunächst noch diverse Arbeiten zu erledigen sind, welche bestimmte Ressourcen binden. Ende Dezember wird man jedoch eine Aussage zu dem Terminplan treffen können.

Auf Nachfrage von RM Homfeldt konkret zu den Sporthallen Sillenstede und Glarum, wann hier genauere Informationen zur Verfügung gestellt werden können, teil BM Böhling mit, dass dies voraussichtlich im Frühjahr 2016 der Fall sein wird.

RM Eggerichs merkt an, dass man nun verschiedene Refinanzierungsmöglichkeiten für die Folgejahre klären und anschließend in die Beratungen für den Haushalt 2017 aufnehmen kann.

BM Böhling weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung Vorschläge zur Reduzierung des Haushaltsfehls für die demnächst kurzfristig stattfindende Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses noch erfolgen werden.